

**Hauptstadtforum:  
Staatsfinanzen unter der Lupe –  
Wie kommt Deutschland aus der Schuldenkrise?**

**Mit dem Bundesminister der Finanzen  
Dr. Wolfgang Schäuble, MdB**

**Berlin, 08. November 2010**

**Impulsvortrag**

**Hubertus Pellengahr  
Geschäftsführer der  
Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft**

**Es gilt das gesprochene Wort**

Sehr geehrter Herr Bundesfinanzminister,  
sehr geehrter Herr Schmid,  
sehr geehrte Damen und Herren!

Im Namen der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft darf auch ich Sie sehr herzlich begrüßen: Seien Sie willkommen beim diesjährigen Hauptstadtforum. Unser besonderer Dank richtet sich vor allem an den heutigen Gastgeber - „Die Welt“. Wir freuen uns sehr, dass wir mit Ihnen gemeinsam diese Veranstaltung auf die Beine gestellt haben.

Gut geht's uns in Deutschland. Ein kräftiger Aufschwung hebt die Stimmung im ganzen Land: Raus aus der Krise mit 3,4 Prozent. Ein Wachstumsschub, mit dem keiner gerechnet hat. Die Aufholjagd unserer Unternehmen verläuft schneller und kraftvoller als erwartet.

Noch vor zwei Jahren stand die Soziale Marktwirtschaft massiv in der Kritik. Das Versagen des Marktes sollte diese Krise verursacht haben. Der rasante Aufschwung belegt jetzt das Gegenteil. Wie krisensicher und wetterfest unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung tatsächlich ist, zeigt vor allem die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt: Noch immer suchen viele, zu viele Menschen einen Job. Aber noch nie waren so viele Menschen in den Unternehmen beschäftigt wie jetzt. Noch nie seit dem Wirtschaftswunder waren die Beschäftigungschancen so rosig wie heute. Vollbeschäftigung rückt wieder in greifbare Nähe.

Das wäre doch ein übergreifendes Ziel, ein Ansporn für uns alle: Für Politik, Regierung wie Opposition, für Unternehmen, Gewerkschaften, gesellschaftliche Initiativen und für jeden Einzelnen in unserem Land. Ein Selbstläufer ist die Vollbeschäftigung jedoch nicht. Aber ein Kraftakt kann sie erreichen: Deshalb Finger weg von den mutigen Strukturreformen der vergangenen Jahre. Jetzt neue Impulse für bessere Bildung, Integration und eine moderne Infrastruktur. Nutzen wir dafür die Fähigkeiten, die in jedem Einzelnen stecken. So kommt Deutschland weiter voran. Chancen für alle – das ist das Ziel der Sozialen Marktwirtschaft.

Auf diese Agenda gehört ebenso dringlich das Thema des heutigen Abends. Denn: So intensiv sich der Staat um die Krisenbewältigung gekümmert hat, genau so konsequent muss er sich jetzt wieder auf das Normalmaß beschränken. Rettungsschirme und Konjunkturprogramme haben viel Geld gekostet. Bis heute stehen Bund und Länder im Risiko. Und am Ende des Jahres wird die Staatsverschuldung so hoch sein wie nie. Bundesbankpräsident Axel Weber warnte in diesem Zusammenhang auf unserer Ludwig-Erhard-Lecture vor drei Wochen: „Die Finanzpolitik hat sich vom Stabilitätsanker zum Risikofaktor für die Erholung der Konjunktur entwickelt.“

Bereits heute sind die politischen Handlungsspielräume nachhaltig beschränkt: Trotz historisch niedriger Zinsen müssen die Steuerzahler in diesem Jahr alleine 60 Milliarden Euro für die Bedienung der Kreditzinsen erwirtschaften. Geld, das für produktive und zukunftsgerichtete Aufgaben nicht mehr zur Verfügung steht.

Wir belasten also nicht erst zukünftige Generationen: Bereits heute sind die Zinsen der zweitgrößte Ausgabenbereich im Bundeshaushalt. Gerade jetzt verdrängt die gigantische Kreditnachfrage des Staates die Investitionen der privaten Unternehmen. Deshalb ist es jetzt vordringliche Aufgabe, die öffentlichen Finanzen wieder in Ordnung zu bringen.

„Wer seinen Haushalt im Griff hat, verdient Respekt.“ Wir haben mit einer solchen Anzeigenkampagne im Juni dafür geworben, mit der Konsolidierung möglichst frühzeitig und kraftvoll zu beginnen. Unser Ziel dabei: Gerade denjenigen in der Politik den Rücken stärken, die sich mutig für weniger Staatsausgaben, weniger Subventionen und eine schlankere Bürokratie einsetzen.

Mit einer Schuldenquote von fast 80 Prozent ist es an der Zeit, einen politischen Paradigmenwechsel einzuleiten. „Jede Ausgabe des Staates beruht auf einem Verzicht des Volkes“. Dieser Satz von Ludwig Erhard ist aktueller denn je und stellt klar: Nichts ist kostenlos. Kein Euro fällt vom Himmel. Es sind immer die Bürger, die selbst auf ein Stück ihres Einkommens verzichten müssen, wenn sie Aufgaben an den Staat delegieren.

Wohlstand generiert niemals der Staat. Er setzt den Rahmen und übernimmt dort Verantwortung, wo öffentliche Güter und übergeordnete Ziele nur durch die Hilfe größerer Einheiten erreicht werden können. Der Staat ist Treuhänder des Geldes seiner Bürger. Gerade deshalb steht er in der Pflicht, mit dem Geld der Steuerzahler so kostenbewusst und effizient wie möglich umzugehen. „Liebe Abgeordnete, seid sparsam mit meinem Geld“ - das ist die Botschaft selbstbewusster Bürgerinnen und Bürger, die einer mutigen Haushaltspolitik Respekt und Anerkennung zollen.

Das Grundgesetz und der europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt sind Ausdruck dessen, dass sich der Staat nur in engen Grenzen bewegen darf. Voraussetzung ist aber, dass sich die Politik selbst an ihre Gesetze hält. Tatsächlich haben Bund, Länder und Gemeinden aber für jeden Bundesbürger eine Kreditsumme im Gegenwert eines komfortablen Kleinwagens aufgenommen: über 20.000 Euro. Und das nicht erst in den letzten zwei Krisenjahren.

Die Politik hat also regelmäßig mehr ausgegeben als eingenommen, trotz stetig steigender Steuereinnahmen. Der Schuldenberg wird seit Jahren immer größer, weil die Ausgaben des Staates noch stärker wachsen, als das, was zusätzlich reinkommt. Und vor allem, wenn Konsumausgaben durch Kredite finanziert werden. Seit 1990 lag die Neuverschuldung 14 Mal über den Investitionsausgaben. Gerecht ist, wenn sich alle an die Spielregeln halten. Darum geht es: Dass auch der Staat seine eigenen Gesetze wieder erfüllt.

Respekt deshalb für das, was sich die Bundesregierung nun vorgenommen hat. Die ersten Schritte der Haushaltskonsolidierung wurden von Ihnen, Herr Dr. Schäuble, eingeleitet. Mit Ihrem Sparpaket reißen Sie das Ruder erstmalig rum. Der Kurs stimmt – jetzt müssen die Segel noch richtig gesetzt werden! Erst dann erhalten wir den Vortrieb, den wir brauchen, um ans Ziel zu kommen.

Für das nächste Jahr besteht die Hälfte des Sparpakets aus neuen und höheren Steuern. Die Ausgaben des Bundes sollen gerade einmal um zwei Prozent sinken – und das bei einer Rekord-Neuverschuldung von weiterhin 50 Milliarden Euro. Wir

setzen viel Hoffnung in die parlamentarische Beratung, dass hier wie im vergangenen Jahr nochmals die Kraft aufgebracht wird, zusätzliche Einsparungen durchzusetzen.

Durch die erfreuliche Steuerschätzung ist der Spielraum nicht größer geworden. Steigende Steuereinnahmen gehören nicht der Politik. Jeder Cent wurde hart erarbeitet und gehört in die Reduzierung staatlicher Kreditaufnahme. Jetzt geht es darum, den Schwung zu nutzen und nochmals unliebsame Ausgabenbereiche auf den Prüfstand zu stellen. Wir alle wissen, wie schwierig das ist: Mit dem Subventionsabbau und dem Sankt Florian-Prinzip.

Und dennoch: Das Konsolidierungsziel ist noch lange nicht erreicht. Viele Subventionen verzerren den Wettbewerb und blockieren die Innovationskräfte des Strukturwandels. Das kostet eine Menge Geld: 150 Milliarden Euro Subventionen, so die Definition des Instituts für Weltwirtschaft Kiel, bleiben bisher weitgehend unangetastet. Wann, wenn nicht jetzt im kräftigen Aufschwung, gibt es die Chance, die Subventionen Stück für Stück zu kürzen?

Mutige Politik brauchen wir aber auch in den Bundesländern, die in diesem Jahr über 30 Milliarden Euro neue Kredite aufnehmen. Spätestens 2020 gilt auch hier die noch strikere Regel der Schuldenbremse. Je früher ein Konsolidierungspfad eingeschlagen wird, desto weniger schmerzhaft werden die Einschnitte in der Zukunft sein.

Alle Anstrengungen für solide Staatsfinanzen bei uns in Deutschland sind so lange wertlos, bis wir nicht auch im europäischen Kontext zur Einhaltung der Verschuldungsregeln gelangen. Denn mit dem Euro-Rettungsschirm ist eine Grundsäule der gemeinsamen Europäischen Währung zumindest zeitweise außer Kraft gesetzt worden: das Verbot, einzelne Schuldensünder durch Hilfsmaßnahmen rauszuboxen.

Was für jeden Privathaushalt, jeden Kaufmann und Freiberufler gilt, muss auch für Banken und Staaten wieder durchgesetzt werden: Wer seine Finanzen nicht im Griff hat, muss selbst dafür haften. Wenn wir das Prinzip der Haftung wieder glaubhaft

verankern und im Falle einer geordneten Restrukturierung auch Gläubiger mit in die Verantwortung nehmen, dann wird das Fehlverhalten einzelner Staaten bereits über den Zinsmechanismus weitgehend korrigiert. So funktioniert Soziale Marktwirtschaft. Und wir setzen darauf, dass Sie, lieber Herr Dr. Schäuble, an dieser Stabilitätstradition deutscher Finanzpolitik weiterhin festhalten.

Soziale Marktwirtschaft steht für einen gesunden Staat und für eine leistungsfähige Wirtschaft. Solide Staatsfinanzen und ein effizientes und verständliches Steuersystem gehören dabei untrennbar zusammen. Einfache Regeln und fairer Wettbewerb – das haben wir in den vergangenen Jahren immer wieder vermisst und deshalb eingefordert.

Umso positiver haben wir die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen aufgenommen und sehen uns in der Verantwortung, jeden vernünftigen Schritt zur Vereinfachung des Steuersystems zu unterstützen. Ein Beispiel ist die Mehrwertsteuer. Wir alle kennen die absurden Eseleien mit den verschiedenen Steuersätzen. Aber es geht um mehr: Alleine für die gesetzlich vorgeschriebenen Informationspflichten verursacht die Mehrwertsteuer bei Unternehmen mehr als 15 Milliarden Euro Bürokratiekosten im Jahr. Mit einer Reform soll das System einfacher werden, effizienter für Unternehmen und Staat. Das Ziel ist nicht: höhere Steuereinnahmen. Hier gehts um mehr Steuerverständlichkeit. Wir setzen darauf, dass die Koalition in der nächsten Woche doch noch zu einem Durchbruch und zu einer fairen Neuregelung kommt.

In gleicher Weise wünschen wir Ihnen, sehr geehrter Herr Dr. Schäuble, viel Durchsetzungskraft für die beabsichtigten Vereinfachungen bei der Einkommensteuer. Mit transparenten Steuerverfahren könnten bei den Bürgern, Betrieben und der Steuerverwaltung jährlich viele Milliarden Euro Bürokratiekosten eingespart werden. Durch gezielte Vereinfachungen gewinnen wir an Effizienz für Steuerzahler und Finanzverwaltung. Das wäre zugleich ein wichtiger Beitrag, um sich dem gemeinsamen Ziel der Vollbeschäftigung zu nähern.

Viele Vorschläge liegen jetzt auf dem Tisch. Und wir haben in Ihnen, sehr geehrter Herr Dr. Schäuble, einen erfahrenen und sehr durchsetzungsstarken Kapitän auf der Brücke. Wir freuen uns sehr auf Ihre Ausführungen und wünschen Ihnen Ideenreichtum und sehr viel Energie für die nächsten Monate, um die vor uns liegenden großen Aufgaben kraftvoll anzugehen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit